



**PRESSEINFORMATION | 03. November 2009**

## **Zunehmende soziale Ungleichheit bleibt ein Risikofaktor für die Gesundheit von Frauen Arbeitskreis Frauengesundheit e.V. warnt vor einer Politik der Entsolidarisierung**

Unter dem Thema „Frauengesundheit in sozialer Ungleichheit“ fand vom 31. Oktober bis 1. November 2009 in Kassel die 16. Jahrestagung des Arbeitskreises Frauengesundheit e.V. mit Teilnehmerinnen aus zahlreichen Gesundheitsberufen statt. Der Arbeitskreis Frauengesundheit e.V. (AKF) forderte abschließend die Sicherung der Basisversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen und kritisierte die massiven Entsolidarisierungstendenzen durch neue Finanzierungsmodelle im Gesundheitswesen.

Armut belastet die Gesundheit – bei Frauen und Männern. Aber die soziale Lage von Frauen ist durchweg schlechter als die von Männern. Soziale Ungleichheit entsteht in weiblichen Erwerbsbiografien durch eingeschränkte Beruf- und Karrierechancen, schlechtere Bezahlung für die gleiche Arbeit sowie Unterbezahlung von anspruchsvoller Fürsorgearbeit in typischen Frauenberufen. Nach wie vor leisten Frauen im Haushalt, in der Kindererziehung und bei der Pflege von Angehörigen unbezahlte Arbeit, die ihr Einkommen, ihre Karrierechancen und ihre Altersversorgung mindert. Laut Bericht der OECD ist in Deutschland die Armut im letzten Jahr so stark wie in keinem anderen entwickelten Land gestiegen, und davon sind in besonderem Maße Frauen - und in der Folge ihre Kinder - betroffen.

Häusliche Gewalt gilt als eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen. Ein weiterer Indikator ist die starke Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Frauen. Um die Gesundheitsversorgung von besonders benachteiligten Migrantinnen zu verbessern, wurde bei der Tagung erneut die Stärkung des Migrantinnenanteils in den Gesundheitsberufen sowie ein interkulturelles Training für alle Professionellen im Gesundheitswesen empfohlen.

Dr. Maria Beckermann, 1. Vorsitzende des AKF, fasste die Ergebnisse der Jahrestagung so zusammen:

„Die aktuelle Entwicklung im Gesundheitswesen gibt Anlass zu großer Besorgnis. Durch Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut verlieren immer mehr Menschen ihre Sicherheit. Selbst die Grundbedürfnisse der Menschen wie Wohnung, Nahrung, Kleidung und Teilhabe an der Gesellschaft sind für viele Menschen nicht ausreichend zu gewährleisten, und zwar in besonderem Maße für Frauen und Kinder. Die Entwicklung vollzieht sich schleichend und unsichtbar, denn Armut grenzt aus. Zudem wirkt die zunehmende gesellschaftliche Kluft sich psychisch, gesundheitlich und sozial als latente Bedrohung auch auf diejenigen aus, die (noch) nicht arm sind. Die Entsicherung der Bevölkerung führt zu mehr Angst um das eigene Wohlergehen und in der Folge zu einer Entsolidarisierung.“

Eine kluge Politik sollte den Menschen, die ohne eigenes Verschulden in die Armutsfalle geraten sind, eine Grundsicherung bieten, damit aus einer Wirtschaftskrise nicht zusätzlich eine soziale Krise wird. Entsolidarisierung zerstört alle Errungenschaften einer sozialen Politik. Sie führt zu Werteverlust und größter seelischer und körperlicher Not, wie wir sie in vielen anderen „entsolidarisierten“ Ländern beobachten können. Auch für die Verbesserung der desaströsen Gesundheitslage in großen Teilen der Welt muss Deutschland im Rahmen eines neuen globalen Sozialvertrags organisatorisch und finanziell angemessen Mitverantwortung tragen.

Im Gesundheitswesen zeigt sich die Politik der Entsolidarisierung in der Privatisierung des Gesundheitsrisikos und damit in der Ausgrenzung von armen und besonders kranken Patientinnen und Patienten – gleichzeitig verbunden mit Kostensteigerungen, die wiederum vor allem Frauen treffen. Das Prinzip der Umlage, dass Junge für Alte, Gesunde für Pflegebedürftige und Besserverdienende für Einkommensschwache aufkommen, soll aufgekündigt werden. Parallel dazu steigt durch zunehmenden Kostendruck die Arbeitsverdichtung in den Gesundheitsberufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, stark an. Ärztinnen und Ärzte leiden darunter, dass sie keine Zeit mehr haben, mit ihren Patienten zu reden. Sie haben durch die Arbeitsverdichtung nicht nur ein höheres Burn-out-Risiko, sondern werden auch noch ihrer wichtigsten Ressource, nämlich der Befriedigung durch gelungene Kommunikation, beraubt.

Wir stehen aktuell vor einer der einschneidendsten Weichenstellungen der Nachkriegszeit: Entweder das Gesundheitswesen öffnet sich den Gesetzen des „freien Marktes“ mit all den oben beschriebenen Folgen. Oder die Regierung kann doch noch zu einer Kehrtwendung bewegt werden und findet zu einer Solidarität zurück, zu der alle nach ihren Möglichkeiten beitragen - in der Erkenntnis, dass Gesundheit keine Ware ist, die auf der Börse gehandelt werden kann, sondern ein kostbares gesellschaftliches Gut, welches zu erhalten oder so weit wie möglich wieder zu erlangen nur innerhalb einer tragenden Solidargemeinschaft möglich ist“.

Pressekontakt: Gundel Köbke | Kommunikation | mobil 0170 551 80 55 | Email: [gundel.koebke@t-online.de](mailto:gundel.koebke@t-online.de)

---

Der AKF ist ein Fachfrauennetzwerk zum Thema Frauengesundheit in all seinen Facetten. Wir vertreten die Interessen von Frauen als Patientinnen, als Expertinnen und als Bürgerinnen. Wir sind unabhängig und finanzieren uns nahezu ausschließlich über Mitgliedsbeiträge. Wir setzen uns für mehr Transparenz im Gesundheitswesen ein. Unser Ziel ist es nicht nur, eine größere Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, sondern inzwischen auch, zur Erneuerung unseres Solidarsystems beizutragen.